

WERTE UND ÜBERZEUGUNGEN IN GESELLSCHAFT UND MEDIATION

QUELLE DES ZUSAMMENLEBENS ODER URSPRUNG VON KONFLIKTEN?

CHRISTIAN WLASCHÜTZ

Gesellschaft und Identität

In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa stellt sich vermehrt die Frage, inwieweit Werte und Überzeugungen für ein Zusammenleben in der Gesellschaft notwendig sind und welche Rolle die Mediation beim Zusammentreffen unterschiedlicher Prinzipien spielen kann. Sehr schnell wird der Begriff Integration verwendet, der mittlerweile in der öffentlichen Debatte auf die Forderung nach Eingliederung in die jeweilige Kultur, Tradition und Lebensweise eines Landes reduziert wird.

Durch die Ankunft einer großen Zahl an Flüchtlingen aus nicht-europäischen Ländern ist das Thema Integration in dieser Bedeutung nochmals aktueller und umstrittener geworden, und das nicht nur in Österreich. „Wer sind wir?“, „Was sind die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft?“, „Was gibt uns Halt, was ist uns wichtig?“, „Wer gehört zu uns und unter welchen Voraussetzungen?“ – solche Fragen, die oft nicht direkt gestellt, sondern eher durch aggressive Zurückweisung des Anderen verdeckt werden, beschäftigen diverse Organisationen, Gemeinschaften und andere Kollektive.

In Deutschland gab es diese Diskussion vor mehr als einem Jahrzehnt unter dem Titel der „Leitkultur“, in Frankreich schien sie nach dem Anschlag auf den Redaktionssitz der Zeitschrift Charlie

Hebdo durch den Hinweis auf die Meinungsfreiheit beantwortet. Der Wahlkampf in den USA ist derzeit ebenfalls von der Frage geprägt, inwieweit die Millionen von zugewanderten LateinamerikanerInnen die Identität des Landes gefährden. Die dort getätigten Aussagen sind nur der radikalste Ausdruck einer schon lange schwelenden Diskussion, ob die englische Sprache, die Hautfarbe oder die Konfession das eigentlich „Amerikanische“ ausmachen, oder ob jede/r prinzipiell AmerikanerIn sein kann, solange sie/er die Verfassung der USA achtet.

Dass diese Debatten zu Konflikten, oft auch zu verschiedenen Formen der Gewalt führen können, liegt auf der Hand. Wahlkämpfe sind in Österreich seit 25 Jahren mehr oder minder Plattformen, auf denen weite Teile der Bevölkerung sich zu definieren versuchen. Interessanterweise finden diese Eigendefinitionen meist auf einer Skala statt, die die Extreme „pro AusländerInnen“ oder „kontra AusländerInnen“ aufweist, was der Frage nach der eigenen Identität gekonnt ausweicht. Es scheint so zu sein, dass die Angst und die Befürchtungen vor der „AusländerInnenflut“ oder einer „Überfremdung“ stark mit einer Identitätsunsicherheit einhergehen. Letztlich stellt sich die Frage, wie mit dieser Suche nach gemeinsamen Werten in europäischen Gesellschaften umzugehen ist.

Darauf ließe sich antworten, dass Freiheitsrechte an sich bereits eine Werthaltung darstellen, da sie unterschiedliche Lebenskonzepte, Prinzipien und Lebensweisen zulassen, während rigide, vorgegebene Systeme eben diesen Freiraum zur Vielfalt beschränken. Kollektive Identitäten werden demnach in liberalen Gesellschaften immer wieder in Freiheit geschaffen (soziale Konstruktion), so sie überhaupt als nötig angesehen werden.

Die Rolle der Mediation

Aber auf welchen Grundlagen wird festgelegt, was in einem Kollektiv verbindlich ist? Welche ethischen Grundhaltungen liegen der Rechtsordnung zugrunde, welche dem Zusammenleben? Der Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde stellt im sogenannten Böckenförde-Dilemma die These auf, dass ein freiheitlicher Staat die Voraussetzungen für sein Funktionieren nicht selber schaffen kann, ohne eben diese Freiheit zu verletzen. Er kann demnach Freiheit nicht verordnen oder durch Zwangsmaßnahmen durchsetzen, lebt also von der „moralischen Substanz“ der/des Einzelnen.

Aber aus welchen Quellen schöpfen diese Einzelmenschen ihre Überzeugungen, die möglichst Pluralismus, Menschenrechte und Solidarität umfassen sollten?

Der bloße Verweis auf die weltanschauliche Neutralität des Staates, die angebliche Privatheit (religiöser) Überzeugungen sowie das Vertrauen auf die automatische Aneignung von bestimmten Grundhaltungen durch die BürgerInnen scheint zu wenig und unbefriedigend.

Mediation kann genauso wie Moderation als Methode dienen, verschiedene Wertsysteme sichtbar zu machen und gegebenenfalls zwischen ihnen zu vermitteln. Genau wie demokratische, freiheitliche Ordnungen beruht Mediation aber auf bestimmten Werten, spielt sich also nicht im Prinzipien-Vakuum ab.

Mediation ist von der Haltung abhängig, dass Menschen für fähig gehalten werden, Konflikte zu bearbeiten, andere Perspektiven grundsätzlich zu verstehen sowie Konflikte als Triebfeder für Veränderungen wahrnehmen zu können. Mediation benötigt den Raum und die Freiheit, Konflikte ergebnisoffen zu behandeln sowie Unterschieden wertschätzend zu begegnen. Insofern ist auch die Methode Mediation wertabhängig, wenn auch in der Anwendung idealerweise Wert-offen. Diese Haltung fördert die Schaffung eines sozialen Raums, in dem verschiedene Überzeugungen aufeinandertreffen können, um eine gemeinsame Grundlage zu suchen, Unterschiede offenzulegen, einander zu bereichern oder aber zu erkennen, dass manches unvereinbar ist.

Die Grenzen der Mediation sind dort erreicht, wo Werte einfließen, die der Grundlage der Mediation selbst widersprechen. In Analogie zur sogenannten „wehrhaften Demokratie“ müsste sich auch die Mediation als Methode gegenüber Haltungen verteidigen, die obengenannten Voraussetzungen der Mediation selbst widersprechen. Totalitarismen, unmittelbare Gewalt oder Werte, die bestimmte Menschen oder Gruppen als nicht dialogberechtigt betrachten und folgedessen ausschließen, kann ein/e MediatorIn im Prozess an sich nicht zulassen. In der Praxis kann es allerdings vorkommen,



Ververidis Vasilis / Shutterstock.com

dass der Abbruch einer Mediation schlimmere Folgen hätte als die Integration einer eigentlich mediationsuntauglichen Haltung.

Die Mediation als eine Methode, Kommunikation zu fördern, kann dabei helfen, die tatsächlichen oder wahrgenommenen Grundlagen des Zusammenlebens offenzulegen. Damit würde sie einen dringend nötigen Prozess unterstützen, in dessen Verlauf oft diffuse Unsicherheiten abgebaut werden und leicht missbräuchlich verwendete Ausdrücke wie „Heimat“, „Tradition“ oder „Identität“ klarere Bedeutungen erhalten.

Damit wären auch deutlicher formulierte und systematisch geplante Strategien zur Verbesserung des Zusammenlebens möglich, anstatt weiterhin den ungenauen und dehnbaren Begriff der Integration zu bemühen.



AUTOR

Dr. Christian Wlaschütz
Politologe, internationaler Trainer,
eingetragener Mediator

M: +43 699 8151 7478

Christian.wlaschuetz@gmx.at